

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Angelika Ernst, Peter
Hürner, Hans Kohler, Lutz Reyher, Rudolf Riefers

Alternativrechnungen zur Gesamtentwicklung des
Arbeitsmarktes 1974

6. Jg./1973

4

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Alternativrechnungen zur Gesamtentwicklung des Arbeitsmarktes 1974

— Annahmen, Maßnahmen und ihre Auswirkungen —

Autorengemeinschaft *

Weder das Ausmaß der Energieversorgungskrise noch ihre Auswirkungen auf Wirtschaftsablauf und Arbeitsmarkt im Jahre 1974 lassen sich gegenwärtig realistisch quantifizieren. „Wahrscheinlichkeits-Prognosen“, wie sie an dieser Stelle bislang jährlich für das jeweils kommende Jahr erstellt worden sind, haben in dieser Situation vermutlich nur eine relativ kurze Lebensdauer und erscheinen daher kaum nützlich.

Hilfreich sind jetzt allein realitätsnahe Modellrechnungen, mit denen rechtzeitig aufgezeigt werden kann,

- welche Entwicklung bei den einzelnen Arbeitsmarkt-Aggregaten bei alternativen Wirtschaftsabläufen unter den geltenden „Spielregeln“ und nach bisheriger Erfahrung zu erwarten wäre,
- welche Gegenmaßnahmen bei den verschiedenen Ansatzpunkten zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit größeren Stils eventuell ergriffen werden könnten und
- welche Auswirkungen von derartigen Maßnahmen – zumindest der Größenordnung nach – zu erwarten wären.

Diesem Zweck dient das hier vorgelegte „Alternativen-Tableau“. Es zeigt, daß im Ernstfall zahlreiche Maßnahmen von der Bundesanstalt für Arbeit bzw. anderen politischen Instanzen ergriffen werden könnten, die eine im Gefolge der Energieversorgungskrise eventuell drohende Arbeitslosigkeit verhindern oder zumindest in erträglichen Grenzen halten würden. Derartige Maßnahmen müßten dabei keineswegs im Widerspruch zu erklärten mittel- oder langfristigen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen stehen, sie könnten die Realisierung solcher Ziele im Gegenteil sogar beschleunigen helfen.

Es sei ausdrücklich betont, daß die hier vorgelegten Berechnungen und Überlegungen der unterzeichneten Autoren keine offizielle Meinungsäußerung der Bundesanstalt für Arbeit darstellen.

Die Untersuchung wurde im IAB durchgeführt.

Gliederung

1. Vorbemerkung
2. Alternativen-Tableau
3. Maßnahmen und ihre Wirkungen
 - 3.1 Inländisches Erwerbsspersonen-Potential
 - 3.2 Durchschnittliche effektive Jahresarbeitszeit
 - 3.3 Stunden-Produktivität
 - 3.4 Ausländische Arbeitnehmer
 - 3.5 Stille Reserven
 - 3.6 Arbeitslosigkeit und strukturpolitische Maßnahmen
4. Literatur

1. Vorbemerkung

Wie die aktuelle wirtschafts- und konjunkturpolitische Diskussion zeigt, lassen sich gegenwärtig weder das Ausmaß der Energieversorgungskrise noch ihre kurzfristigen Auswirkungen auf Wirtschaftsablauf und Arbeitsmarkt realistisch quantifizieren. Hinzu kommt, daß schon allein die konjunkturelle Entwicklung im nächsten Jahr schwieriger abzuschätzen gewesen wäre als je zuvor.

In dieser Situation haben kurzfristige Prognosen vermutlich nur eine relativ kurze Lebensdauer. Viel schneller als bisher werden in den kommenden Monaten neu hinzukommende Daten und Maßnahmen zur Revision von noch jeweils für aktuell gehaltenen Prognosen zwingen. Angesichts einer derartigen, bis-

lang nicht erlebten Ungewißheit über die zukünftige Entwicklung werden die Anforderungen an die Flexibilität der Arbeitsmarktpolitik größer sein denn je. Eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Anforderungen ist, daß die politischen Entscheidungsträger rechtzeitig informiert sind über die strukturelle Ausprägung alternativer Entwicklungen, über mögliche Ansatzpunkte der Gegensteuerung sowie über die Größenordnungen der Effekte alternativer Maßnahmen.

Hilfreich sind jetzt vor allem Modellrechnungen, die trotz aller einschränkenden Ahnungen derartige Informationen zu liefern vermögen. Strukturen, Ansatzpunkte und Größenordnungen von Auswirkungen in diesem Sinne bei alternativen Entwicklungen am Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland im nächsten Jahr aufzuzeigen, ist der Zweck dieser Studie. Sie enthält im Abschnitt 2 ein Rechenmodell (Alternativen-Tableau), mit dem zunächst auf der Basis bisheriger Erfahrungen und im Rahmen der geltenden „Spielregeln“ die Auswirkungen alternativer Entwicklungen der gesamtwirtschaftlichen Produktionsentwicklung auf die wichtigsten Arbeitsmarktaggregate im Systemzusammenhang aufgezeigt werden. Im Abschnitt 3 sind auf der Grundlage dieser politischen „Status-quo“-Modellrechnungen Ansatzpunkte für politische Gegenmaßnahmen dargestellt, mit denen gegebenenfalls die wichtigsten Arbeitsmarktaggregate zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit größeren Umfangs beeinflusst werden könnten. Soweit möglich, wurden hierbei quantitative Auswirkungen der verschiedenen Maßnahmen abgeschätzt. Von

* Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Angelika Ernst, Peter Hürner, Hans Kohler, Lutz Reyher, Rudolf Riefers. Redaktionsschluß: 17.12.1973.

technisch-administrativen wie auch gesetzlichen Restriktionen, die der Einführung derartiger Maßnahmen entgegenstehen könnten, wurde hier bewußt abstrahiert. Es wird davon ausgegangen, daß derartige Restriktionen im Ernstfall rasch zu überwinden sind.

2. Alternativen-Tableau

Das nachstehende Tableau umspannt Entwicklungsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion (reales Bruttoinlandsprodukt) von + 2 % bis — 5 % (im Vorjahresvergleich). Die Obergrenze dieses Spektrums (+ 2%) entspricht dem, was — jedenfalls bis vor kurzem — nach allgemeiner Einschätzung 1974 ohne Ölversorgungskrise, also konjunkturell, zu erwarten gewesen wäre¹⁾. Auf Null Prozent bis leicht darunter lauten gegenwärtig alle Prognosen, die den „Öleffekt“ in die Betrachtung einbeziehen, soweit er sich heute überhaupt abschätzen läßt²⁾. Die pessimistischeren Varianten dieses Tableaus gelten zwar heute nicht als wahrscheinlich. Andererseits ist nicht auszuschließen, daß Prognosen dieser Größenordnungen in den kommenden Monaten erstellt werden müssen, wenn sich mehrere negative Einflußfaktoren (Verschärfung der Ölkrise, zunehmender Protektionismus, psychologisch bedingte Zurückhaltung bei Investoren und Konsumenten usw.) kumulieren sollten.

Hierbei wurden die geltenden „Spielregeln“ und bisherige Erfahrungen über Verhaltensweisen zugrundegelegt. Die Schwankungsbreiten der einzelnen Variablen wurden zum Teil durch Querschnittsbetrachtung (z. B. Übernahme bisheriger Maximalwerte regionaler oder sektoraler Kurzarbeiterquoten) abgeschätzt.

Zu den Ergebnissen

Variante I: Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts: 2 %

- Die Zuwachsrate der Stunden-Produktivität wurde mit + 4% relativ niedrig angesetzt aufgrund der Überlegung, daß in diesem Falle noch relativ optimistische Erwartungen für das übernächste Jahr mit entsprechendem „Horten“ von Arbeitskräften gerechtfertigt wären.
- Die hieraus resultierende Abnahme des Arbeitsvolumens um 2% wird nur knapp zur Hälfte (— 0,8 %) mit der „Arbeitszeitkomponente“ aufgefangen. Die Zahl der Erwerbstätigen geht hiernach um 1,2% (320000 Personen) zurück.

¹⁾ Vgl. das Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

²⁾ Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 51/73.

³⁾ Dem zu erwartenden Rückgang der inländischen Erwerbsquote — bezogen auf die inländische Wohnbevölkerung im Alter von mehr als 14 Jahren — um 0,58 %-Punkte (260 000 Erwerbspersonen) steht eine durch das Wachstum der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter bedingte Zunahme der Erwerbspersonen um ca. 80000 gegenüber. Der Rückgang der Erwerbsquote erklärt sich folgendermaßen:

a) Verschiebungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur der inländischen Wohnbevölkerung (demografische Komponente): — 0,05 %-Punkte bzw. — 25 000 Erwerbspersonen.
 b) Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze von 75 % der Anspruchsberechtigten: — 0,18 %-Punkte bzw. — 80 000 Erwerbspersonen.
 c) Verlängerte Ausbildungszeiten im Sekundarbereich: — 0,17 %-Punkte bzw. — 70 000 Erwerbspersonen.
 d) Verlängerte Ausbildungszeiten im tertiären Bereich: — 0,08 %-Punkte bzw. — 35 000 Erwerbspersonen.
 e) Trendmäßiger Rückgang der Erwerbsneigung (vor allem Rückgang der Alterserwerbstätigkeit und Zunahme der Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen im Alter von 20—45 Jahren) per saldo: — 0,10 %-Punkte bzw. — 45 000 Erwerbspersonen.

⁴⁾ Bei schlechter Arbeitsmarktsituation werden sich insbesondere Frauen, die nach einer Unterbrechung wieder in das Erwerbsleben eintreten wollten, in vermindertem Umfang um eine Arbeitsaufnahme bemühen.

- Die Ausländerbeschäftigung würde bei dieser Gesamtentwicklung unter den Bedingungen des Anwerbestopps im Jahresdurchschnitt jedenfalls nicht zurückgehen. Da aber die Bestandszahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland am Jahresende 1973 höher ist als im Jahresdurchschnitt, bedeutet die hier für den Jahresdurchschnitt 1974 angenommene Zunahme um 30000 Personen bereits einen Rückgang der Bestandszahl im Laufe des Jahres 1974 um etwa 100000 Personen.
- Für die erwerbstätigen Inländer ergibt sich hieraus ein Rückgang um 1,5% (-350000 Personen).
- Das inländische Arbeitskräftepotential würde um 180000 Personen zurückgehen (demografische Komponente, Verlängerung der durchschnittlichen Bildungszeiten, mittlere Inanspruchnahme der „flexiblen Altersgrenze“³⁾).
- Die „Stille Reserve“ würde weiterhin um 80000 Personen auf 210 000 aufgebaut werden.
- Aus diesen Annahmen resultiert eine Zahl von 385 000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1974. Darin ist auch enthalten eine geringfügig erhöhte Zahl arbeitsloser Ausländer.

Variante II: Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts: ± 0 %

- Die Zuwachsrate der Stundenproduktivität (+ 4½ %) entspricht dem Wert von 1967. Die Erwartungen für das übernächste Jahr sind verhältnismäßig pessimistisch, Arbeitskräfte werden weniger gehortet.
- Durch stärkeren Abbau von Überstunden und verbreitete Kurzarbeit geht die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen etwas stärker zurück (-1,0 %).
- Der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen um rechnerisch 920000 Personen (-3,5%) teilt sich auf in 220000 Ausländer und 700000 Inländer. Bei den Ausländern beliefe sich der absolute Rückgang der Bestandszahl zwischen Jahresanfang und Jahresende 1974 auf rund 600000 Personen. Die spezifische Rückgangsraten bei den Ausländern ist mit — 8,6 % vor allem aufgrund struktureller Unterschiede bereits ausgeprägt höher als bei den Inländern (— 2,9 %).
- Vornehmlich aufgrund verstärkter Ausschöpfung der Möglichkeiten der flexiblen Altersgrenze sowie einer geringfügig erhöhten Bildungsbeteiligung (vor allem im Bereich der beruflichen Fortbildung) geht das inländische Arbeitskräftepotential etwas mehr (um 200 000 Personen) zurück.
- Die „Stille Reserve“ wird wegen zunehmender „Entmutigungseffekte“⁴⁾ um 200000 auf 330000 Personen, also spürbar, rascher erhöht als in der ersten Variante.
- Unter diesen Annahmen wäre 1974 mit gut 600000 Arbeitslosen zu rechnen, 325000 mehr als im laufenden Jahr. Dabei wird angenommen, daß sich bereits ein etwas größerer Teil der beschäftigungslos gewordenen Ausländer hier arbeitslos melden würde (+ 35000). Die Arbeitslosenquote für In- und Ausländer zusammen würde 2,7% betragen.

Alternativen-Tableau für den Arbeitsmarkt 1974

Jahres-durchschnitt	Brutto-in-lands-pro-dukt ²⁾	„Stun-den“-pro-duk-tiv-ität ³⁾	Ar-beits-volu-men	Tägl. Ar-beits-zeit je Er-werbs-tätigen	Ar-beits-tage-effekt	Jährl. Ar-beits-zeit je Er-werbs-tätigen	Erwerbstätige									Erwerbspersonen (Potential)			Nichtbeschäftigte Erwerbspersonen									
							Selbständige, Mithelfende			Arbeitnehmer			Insgesamt			In-länder ⁴⁾	Aus-länder	Zusam-men	Registrierte Arbeitslose			Stille Reserve	Insgesamt					
							In-länder ⁴⁾	Aus-länder ⁵⁾	Zusam-men	In-länder ⁴⁾	Aus-länder ⁶⁾	Zusam-men	In-länder ⁴⁾	Aus-länder	Zusam-men				In-länder ⁴⁾	Aus-länder	Zusam-men	In-länder ⁴⁾	In-länder ⁴⁾	Aus-länder	Zusam-men			
							8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26			
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –																												
1974 Variante I	+ 2	+ 4	- 2,0	- 0,6	- 0,2	- 0,8	- 3,5	•	- 3,5	- 1,1	+ 1,2	- 0,8	- 1,5	+ 1,2	- 1,2	- 0,7	+ 1,9	- 0,5	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Variante II	± 0	+ 4½	- 4,5	- 0,8	- 0,2	- 1,0	- 3,8	•	- 3,8	- 2,8	- 8,8	- 3,4	- 2,9	- 8,6	- 3,5	- 0,8	- 7,2	- 1,4	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Variante III	- 2	+ 5	- 7,0	- 1,0	- 0,2	- 1,2	- 3,8	•	- 3,8	- 4,3	-20,0	- 6,0	- 4,2	-19,6	- 5,7	- 0,9	-16,2	- 2,4	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
Variante IV	- 5	+ 4	- 9,0	- 1,1	- 0,2	- 1,3	- 4,1	•	- 4,0	- 5,5	-30,0	- 8,2	- 5,2	-29,4	- 7,6	- 1,2	-23,4	- 3,3	•	•	•	•	•	•	•	•	•	•
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 –																												
1974 Variante I	X						- 140	•	- 140	- 210	+ 30	- 180	- 350	+ 30	- 320	- 180	+ 50	- 130	+ 90	+ 20	+ 110	+ 80	+ 170	+ 20	+ 190			
Variante II							- 150	•	- 150	- 550	- 220	- 770	- 700	- 220	- 920	- 200	- 185	- 385	+ 300	+ 35	+ 335	+ 200	+ 500	+ 35	+ 535			
Variante III							- 150	•	- 150	- 850	- 500	-1350	-1000	- 500	-1500	- 220	- 415	- 635	+ 470	+ 85	+ 555	+ 310	+ 780	+ 85	+ 865			
Variante IV							- 160	•	- 160	-1090	- 750	-1840	-1250	- 750	-2000	- 280	- 600	- 880	+ 600	+ 150	+ 750	+ 370	+ 970	+ 150	+1120			
– Bestand (in 1000 Personen) –																												
1973 ¹⁾	X						3950	50	4000	19900	2500	22400	23850	2550	26400	24240	2565	26805	260	15	275	130	390	15	405			
1974 Variante I							3810	50	3860	19690	2530	22220	23500	2580	26080	24060	2615	26675	350	35	385	210	560	35	595			
Variante II							3800	50	3850	19350	2280	21630	23150	2330	25480	24040	2380	26420	560	50	610	330	890	50	940			
Variante III							3800	50	3850	19050	2000	21050	22850	2050	24900	24020	2150	26170	730	100	830	440	1170	100	1270			
Variante IV							3790	50	3840	18810	1750	20560	22600	1800	24400	23960	1965	25925	860	165	1025	500	1360	165	1525			

1) Vorläufige Ergebnisse – 2) Real, in Preisen von 1962 – 3) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde – 4) Mit deutscher Staatsangehörigkeit –

5) Berechnung auf der Basis der Volks- und Berufszählung 1970 – 6) Einschließlich Einpendler

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen

Variante III:

Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts: — 2 %

- Stark abfallende Zukunftserwartungen drücken die Rate der Stundenproduktivität wieder hoch auf + 5 %.
- Durch weiteren Abbau von Überstunden und noch mehr Kurzarbeit geht die durchschnittliche Arbeitszeit noch etwas mehr um 1,2 % zurück. Die Zahl der Erwerbstätigen würde bei dieser Variante bereits um 5,7% bzw. 1,5 Mio. Personen abnehmen. Die Ausländerbeschäftigung, so wird hier angenommen, ginge strukturell sowie verstärkt durch administrative Maßnahmen zur Verringerung der Ausländerbeschäftigung um 500000 (- 19,6 %) zurück. Die absolute Bestandsabnahme im Laufe des Jahres beliefe sich hier bereits auf rd. 1 200 000 Personen. Außerdem würden 1 Mio. inländische Erwerbstätige per saldo ihren Arbeitsplatz verlieren (- 4,2%).
- Die Tendenzen zu frühzeitigem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben und einer verstärkten Bildungsbeteiligung würden sich verstärken, das inländische Potential ginge noch etwas stärker, nämlich um 220 000 Personen, zurück.
- Analog zu früheren Erfahrungen im In- sowie im Ausland würde die „Stille Reserve“ auch bei dieser Größenordnung des Beschäftigungsrückganges weiter zunehmen (+310000 auf 440000 Personen).
- Für den Jahresdurchschnitt 1974 resultiert aus diesen Annahmen eine Zahl von 830 000 Arbeitslosen (Arbeitslosenquote: 3,8 %). Darunter, so wird hier geschätzt, befinden sich rund 100000 Ausländer.

Variante IV:

Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts: — 5 %

- Bisherigen Erfahrungen zufolge wird hier angenommen, daß der Produktivitätsanstieg bei einem derartigen Schrumpfungsprozeß vor allem aufgrund zunehmender Friktionen und struktureller Gründe (zunehmender Angestelltenanteil) wieder leicht zurückbleiben würde: + 4 %.
- Der Rückgang in der durchschnittlichen Arbeitszeit (— 1,3 %) wird nur unwesentlich stärker, weil dem Abbau von Überstunden usw. der (positive) Struktureffekt des Abbaus von Teilzeitarbeit tendenziell entgegenwirkt.
- Daraus resultiert ein Rückgang der Erwerbstätigenzahl um 2,0 Mio. Personen (— 7,6 %). Nach dieser Einschätzung wäre mit einem Rückgang der Ausländerbeschäftigung um rund 30 % zu rechnen, so daß sich für die Inländer eine Abnahmerate von gut 5 % ergäbe (— 1,25 Mio. Personen). Zwischen Jahresanfang und Jahresende bedeutet dies einen Bestandsrückgang um 1 700 000 Ausländer.
- Unter Ausschöpfung der geltenden Bestimmungen würde das inländische Potential kräftiger zurückgehen, nämlich um schätzungsweise 280 000 Personen.
- Unter diesen Bedingungen würde die „Stille Reserve“ bereits eine halbe Million Personen betragen.

⁵⁾ In den Varianten II bis IV wurde unterstellt, daß sich ein Teil der mit den folgenden Maßnahmen erreichbaren Entzugseffekte bereits ohne diese Maßnahmen durch entsprechende Verhaltensänderungen ergibt.

- Die Zahl der Arbeitslosen würde die Millionen-grenze überschreiten, die Arbeitslosenquote nahe bei 5 % liegen. Der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen insgesamt würde weiter leicht zunehmen.

3. Maßnahmen und ihre Wirkungen

Zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit in dem hier bei den einzelnen Varianten dargestellten Ausmaß ist eine Reihe von Maßnahmen zur Beeinflussung der einzelnen Variablen vorstellbar, für die hier Ansatzpunkte und, soweit möglich, Größenordnungen der Auswirkungen aufgezeigt werden. Diese Maßnahmen sollten grundsätzlich ○ nicht zur Konservierung überholter Strukturen beitragen,

- nicht die anzustrebende Entwicklung des inländischen Arbeitskräftepotentials über das nächste Jahr hinaus beeinträchtigen,

- mit erklärten und gesetzlich fixierten gesellschafts- und arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen vereinbar sein, also u. a. soweit als möglich zu einer Höherqualifizierung der Beschäftigten beitragen (Verbindung von arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Zielsetzungen im Sinne des Bildungsgesamtplans) und schließlich

- dem allgemeinen Postulat der Gerechtigkeit entsprechen.

Es sollte nach Möglichkeit versucht werden, gegebenenfalls aus der Not eine Tugend zu machen und insbesondere die Gelegenheit einer konjunkturpolitisch erwünschten Potentialreduktion zu nutzen, um die Realisierung gesellschafts- und arbeitsmarktpolitischer Zielsetzungen mittel- bis langfristiger Natur einen Schritt voranzubringen.

3.1 Inländisches Erwerbepersonen-Potential

Bei einem stärkeren Rückgang der Beschäftigung besteht die Möglichkeit, das inländische Erwerbepersonen-Potential über den in Variante I erwarteten Umfang von 180000 Personen hinaus kurzfristig um maximal 600000 Personen zu reduzieren. Dieser Entzugseffekt läßt sich durch eine verstärkte Bildungsbeteiligung erreichen (Erstausbildung im Sekundarbereich und im tertiären Bereich, Fortbildung, Umschulung) sowie durch einen verstärkten Rückgang der Alterserwerbstätigkeit (Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze, vorgezogene Verrentung, Rückgang der Erwerbstätigkeit bei den über 65jährigen)⁵⁾.

Im einzelnen ist an folgende kurzfristig wirksamen Maßnahmen zur Reduzierung des inländischen Erwerbepersonen-Potentials zu denken: ○ Verstärkte Förderung der beruflichen Fortbildung (in Vollzeitmaßnahmen), wobei kurzfristig (für 1974) relativ enge Kapazitätsgrenzen von Seiten des Lehrgangsangebots angenommen werden müssen.

Bei einer Ausweitung in der Größenordnung von 150% der (sehr starken) Zunahme, die von 1970 auf 1971 zu verzeichnen war, ergibt sich auf Jahresbasis ein Entzugseffekt von etwa 40 000 Erwerbepersonen.

Eine Schwerpunktförderung von Arbeitslosen ist möglich (Werbung, Bereitstellung eines entsprechenden Lehrgangsangebots). ○ Verstärkte Förderung der beruflichen Umschulung (bei gleichen Annahmen wie bei der Förderung der beruflichen Fortbildung beträgt der Entzugseffekt etwa 15 000 Erwerbepersonen).

- Längere schulische Ausbildung: Vorwegnahme der im Rahmen des Bildungsgesamtplans vorgesehenen Expansion im Bereich der Erstausbildung um ein Jahr. Der Entzugseffekt von 100000 Erwerbspersonen wirkt im ersten Jahr zwar rein rechnerisch voll im Sinne einer Verringerung des Erwerbspersonen-Potentials, aber nur, weil Auszubildende als Erwerbstätige gezählt werden, Schüler in weiterführenden allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen jedoch nicht. Eine unmittelbare Sogwirkung auf die Erwerbstätigkeit kann zunächst nur im Umfang der ausbildungsfremden Tätigkeiten von Auszubildenden erwartet werden. Der sich aus der Verlängerung der Ausbildungszeit ergebende Entzugseffekt wird weitgehend erst in den folgenden Jahren wirksam. Regionale Schwerpunkte (z.B. Einführung des Berufsgrundbildungsjahres in einzelnen Bundesländern) sind möglich.
- Stärkere Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze: Durch Propagierung oder gesetzliche Regelung läßt sich die Inanspruchnahme von gegenwärtig 75% der Anspruchsberechtigten auf maximal 100 % erhöhen (zusätzlicher Entzugseffekt bis zu 50 000 Erwerbspersonen).
- Vorgezogene Verrentung aller 60- bis 63jährigen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind (Entzugseffekt knapp 15 000 Erwerbspersonen)⁶⁾.
- Vorziehen des Anspruchs auf Altersruhegeld für alle diejenigen, die im Laufe des Jahres 1974 das Rentenalter erreichen, auf den Anfang des Jahres 1974 (Entzugseffekt bis zu 350 000 Erwerbspersonen, vorausgesetzt, eine entsprechende gesetzliche Regelung träte bereits Anfang 1974 in Kraft).
- Beschleunigung des trendmäßigen Rückgangs der Alterserwerbstätigkeit bei den über 65jährigen im Umfang der Entwicklung von einem Jahr (Entzugseffekt etwa 35 000 Erwerbspersonen).

3.2 Durchschnittliche effektive Jahresarbeitszeit

Grundsätzlich ist die „Arbeitszeitkomponente“ (durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen) trotz entgegenstehender bisheriger Erfahrung — gesamtwirtschaftlich waren die Schwankungen der durchschnittlichen Arbeitszeit in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland sehr gering — potentiell eine der ergiebigsten Instrumentvariablen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Im vorliegenden Zusammenhang werden folgende Determinanten der Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen in die Betrachtung einbezogen: durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit, Überstunden, Kurzarbeit, Teilzeitarbeit, Urlaub, Bildungsurlaub, unbezahlter Urlaub.

- Durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit: Soweit sektoral — in Stufenplänen oder anders — Verkürzungen der tariflichen Wochenarbeitszeit von den Tarifvertragspartnern vereinbart sind oder solche Vereinbarungen in Aussicht stehen, könnten diese Wochenarbeitszeitverkürzungen nach Möglichkeit in das Jahr 1974 vorgezogen werden, insbesondere in Wirtschaftsbereichen, die vom Beschäftigungsrückgang bedroht sind.

⁶⁾ Auf freiwilliger Basis kann nach geltendem Recht von dieser Möglichkeit schon jetzt Gebrauch gemacht werden. Der zusätzliche Entzugseffekt ist daher gering.

⁷⁾ Statistisches Bundesamt, Fachserie M, Reihe 15, I, Arbeitsverdienste 1965-1967.

⁸⁾ Vgl. ANBA, Arbeitsstatistik 1972, Jahreszahlen.

- Überstunden: Soweit die amtliche Statistik erkennen läßt, ist das Ausmaß von geleisteten Überstunden in der Industrie selbst 1967, als die Beschäftigtenzahl in der Industrie um 6,5 % zurückging, nur zur Hälfte abgebaut worden. Ein generelles Verbot von Überstunden, das freilich Sonderregelungen für unvermeidbare Ausnahmefälle vorsehen müßte, würde gesamtwirtschaftlich schätzungsweise einen Arbeitsvolumeneffekt von knapp einem Prozent-Punkt haben⁷⁾.

- Kurzarbeit: Der Arbeitsvolumeneffekt der von der Bundesanstalt finanzierten Kurzarbeit war auch in der Rezession 1966/67 sehr gering: Durch die Kurzarbeit von im Jahresdurchschnitt rd. 143000 Kurzarbeitern (0,7 % aller Arbeitnehmer) wurde das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen nur um 0,1 % verringert⁸⁾. Wenn Kurzarbeit einzelbetrieblich in vielen Fällen auch keine Alternative zu Entlassungen darstellt, so gilt dies doch zweifellos in vielen Wirtschaftsbereichen und für viele Beschäftigtengruppen. Dabei müßte jedoch einem Mißbrauch derartiger Regeln im Sinne einer allgemeinen Lohnsubvention entgegengewirkt werden.

Die quantitativen Effekte einer starken Inanspruchnahme der gesetzlichen Kurzarbeitsregeln wären beträchtlich: Würde bei 10% aller Beschäftigten im Jahresdurchschnitt die übliche Arbeitszeit um ein Zehntel eingeschränkt werden, so käme dies einem Arbeitsvolumenrückgang von einem Prozent bzw. einer Zahl von knapp 300 000 Arbeitslosen gleich.

- Teilzeitarbeit: Das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen könnte einmal überhaupt für Männer und zweitens für qualifizierte Arbeitskräfte beiderlei Geschlechts beträchtlich erhöht werden. Dabei sollte der öffentliche Dienst beispielhaft vorangehen. Hier könnten spürbare Arbeitsmarkteffekte ohne nennenswerte Mehrkosten (insbesondere ohne Stellenmehrungen) erreicht werden. Bei Frauen besteht ein das Angebot bei weitem übersteigender Bedarf an Teilzeitarbeitsplätzen und ebenso besteht ein beträchtlicher Bedarf bei behinderten — auch bei der männlichen — Erwerbstätigen. Wenn nur 10% der behinderten männlichen Erwerbstätigen (insgesamt sind es knapp 2 Mio. Personen) in eine von ihnen gewünschte Teilzeitbeschäftigung überwechseln könnten, hätte dies einen Entzugseffekt von 100 000 Personen (Vollzeitarbeitskräfte).

- Urlaub: Alle Möglichkeiten einer Urlaubsverlängerung (tarifliche Verlängerung des allgemeinen Urlaubs, Bildungsurlaub, freiwilliger unbezahlter Urlaub für verschiedene Vorhaben usw.) könnten forciert im Jahre 1974 genutzt werden.

3.3 Stunden-Produktivität

Die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigenstunde (Stunden-Produktivität) hat seit den 60er Jahren im Durchschnitt bei knapp 5½ % pro Jahr gelegen. Angesichts der jetzt gerechtfertigten Erwartungen für 1974 und 1975 wird hier von einer mittleren Zunahme der Stunden-Produktivität zwischen 4 und 5 % ausgegangen.

Würde man ausschließlich die kurzfristige Entwicklung am Arbeitsmarkt im Auge haben, so wäre eine möglichst niedrige Zuwachsrate der Stunden-Produktivität im Jahre 1974 wünschenswert. In diesem Fall könnten die Auswirkungen eines Wachstumsverlustes auf das nachgefragte Arbeitsvolumen gering gehalten werden. Inwieweit dies durch wirtschaftspolitische Maßnahmen herbeigeführt werden soll, muß aber unter Berücksichtigung folgender Einschränkungen beurteilt werden:

- O Wirtschaftspolitische Maßnahmen sollten kurzfristig zu keiner Minderung der Produktions- und Investitionstätigkeit führen.
- O Wirtschaftspolitische Maßnahmen sollten mittel- und langfristig zu keiner Minderung des Produktivitätswachstums und des technischen Fortschritts führen. Anders zu beurteilen sind allerdings gesamtwirtschaftlich „negative“ Struktureffekte in der Entwicklung der Produktivität (im hier verwandten Sinn) infolge gesellschaftspolitisch wünschenswerter Verlagerungen der Produktions- und Investitionstätigkeit in weniger „produktive“ Wirtschaftsbereiche. Solche negativen Struktureffekte sind z. B. bei einem verstärkten Ausbau des staatlichen Gesundheitswesens und des Bildungsbereiches sowie — im Bereich der Unternehmen selbst — bei Investitionen zur Verbesserung des Umweltschutzes zu erwarten. Namentlich der Ausbau des Gesundheitswesens setzt aber voraus, daß die Arbeitsbedingungen durch gesetzliche und tarifliche Änderungen verbessert werden.

Abgesehen hiervor verbleiben als weitere mögliche Maßnahmen zur kurzfristigen Verminderung des Produktivitätswachstums ohne unerwünschte Auswirkungen auf die mittel- und langfristige Entwicklung

- O eine Politik der „moral suasion“, die die Beschäftigten dazu bewegen könnte, auch bei ungünstigen Entwicklungen und Erwartungen Entlassungen von Arbeitskräften zurückhaltend vorzunehmen;
- O Tarifabschlüsse zwischen den vertragschließenden Parteien, die durch entsprechende Arbeitszeitregelungen gleichzeitig eine Humanisierung der Arbeitsbedingungen mit sich bringen (z. B. im Sinne von Pausenregelungen bei Fließbandfertigung).

3.4 Ausländische Arbeitnehmer

Die in dem Tableau ausgewiesenen relativ starken Rückgänge der Ausländerbeschäftigung bei alternativer Gesamtentwicklung wären angesichts des schon bestehenden Anwerbestopps für Ausländer aus Nicht-EG-Ländern angesichts der Erfahrung von 1967 und der gegenwärtigen Verteilung der Ausländer auf Sektoren und Beschäftigten- und Qualifikationsgruppen ohne weitere Beeinflussung zu erwarten.

Weitere Maßnahmen zum verstärkten Abbau der Ausländerbeschäftigung scheinen angesichts ihrer ohnehin gegebenen Benachteiligung sowie der weiteren

Entwicklung des inländischen Potentials und der z.T. starken Abhängigkeit einzelner Wirtschaftsbereiche von der Ausländerbeschäftigung sowie aller bisherigen Integrationsbemühungen nicht vertretbar zu sein.

Es wird angenommen, daß ein Abbau der Ausländerbeschäftigung überwiegend zu einer Rückwanderung in die Heimatländer und nur zum Teil zu einer Erhöhung der ausländischen Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland führt. Hierbei kann es sich jedoch nur um eine grobe Schätzung handeln, da im Hinblick auf den „Einwanderungsstopp“ auch Veränderungen der üblichen Rückwanderungen zu erwarten sind.

3.5 Stille Reserven

Die Stille Reserve gehört zum Erwerbspersonenpotential. Es handelt sich um Arbeitslose, die sich nicht beim Arbeitsamt arbeitslos melden, obwohl sie bei einem entsprechenden Angebot an Arbeitsplätzen eine Beschäftigung aufnehmen würden. Voraussetzung für dieses Verhalten ist, daß die betreffenden Erwerbspersonen aufgrund sonstiger Familieneinkünfte (Erwerbstätigkeit des Ehepartners, Einkünfte aus Renten, Vermögen etc.) zur Existenzsicherung nicht auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen sind. Es wäre zwar denkbar, die Stille Reserve gesetzlich oder durch den Druck der Tarifpartner zu erhöhen, um per saldo die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Dies würde jedoch bedeuten, bestimmte Gruppen (z. B. „Doppelverdiener“) vom Arbeitsmarkt zwangsweise auszuschließen. Derartige beschäftigungspolitisch unerwünschte Maßnahmen wären jedoch allenfalls bei einem extremen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu vertreten und scheiden somit als kurzfristige beschäftigungspolitische Maßnahme für das Jahr 1974 aus.

Die Stille Reserve besteht vor allem aus verheirateten Frauen im Alter von 20-45 Jahren (1967 waren es z. B. 165 000 von insgesamt damals 300 000 Personen).

Hinzu kommen maximal 20000 Schüler und Studenten (bei insgesamt – auf Jahresarbeitskräfte umgerechnet – 35 000 erwerbstätigen Schülern und Studenten), die bei einer entsprechenden Arbeitsmarktsituation in die Stille Reserve übergehen dürften⁹⁾.

Aus früheren Erfahrungen in Deutschland und der Situation in westlichen Industriestaaten mit hoher Arbeitslosigkeit in den 60er Jahren (England) läßt sich entnehmen, daß bei einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit (bis in die Größenordnung von 1 Mio. Arbeitslosen) Stille Reserven in beträchtlicher Größenordnung entstehen können.

Nach einer Vorausschätzung der Nachfrage nach Erwerbstätigen, des Inländer-Erwerbspersonenpotentials und der Ausländerbeschäftigung ergibt sich die Summe der inländischen Arbeitslosen und Stillen Reserven in der Arbeitsmarktbilanz als „Restgröße“. Bei der Aufteilung dieser Summe wurde angenommen, daß die Stillen Reserven und inländische Arbeitslose zunächst im Verhältnis von etwa 1:1 zunehmen (Variante I).

In den Varianten II-IV wird unterstellt, daß sich das Verhältnis von Arbeitslosen zu Stillen Reserven in Richtung 2:1 verändert, da der Anteil der Entlassenen mit Versicherungsanspruch bei zunehmendem Beschäftigungsrückgang zunächst steigt. Außerdem läßt

⁹⁾ Es gibt nur grobe Anhaltspunkte für die Zahl der im Laufe eines Jahres erwerbstätigen Schüler und Studenten sowie für die Dauer ihrer Erwerbstätigkeit. Die Arbeit derjenigen Studenten, die während der Ferien oder in der Vorlesungszeit laufend über 30 Stunden pro Woche arbeiten, summiert sich zu etwa 15 000 Jahresarbeitskräften. Da bei ihnen die Finanzierung des Studiums ganz oder teilweise von der Erwerbstätigkeit abhängen dürfte, werden sie — im Gegensatz zu Studenten und Schülern mit Ferienarbeit im üblichen Umfang — bei Erwerbslosigkeit nicht ohne weiteres in die Stille Reserve übergehen.

die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in den letzten Jahren vermuten, daß der Einschaltungsgrad der Arbeitsämter bei Erwerbslosigkeit tendenziell steigt.

3.6 Arbeitslosigkeit und strukturpolitische Maßnahmen

Trotz aller vorangehend dargestellten Möglichkeiten, Arbeitslosigkeit von vornherein zu vermeiden oder zu vermindern, kann es notwendig werden, durch gezielte Eingriffe gravierende Einbrüche bei der Beschäftigung in einzelnen Regionen und/oder Sektoren zu beseitigen. Dabei kann versucht werden, die zunächst für das kurzfristige Ziel der Beseitigung von Arbeitslosigkeit notwendigen Maßnahmen möglichst auch an längerfristigen strukturpolitischen Überlegungen auszurichten.

Hierfür käme vor allem ein verstärkter Einsatz der bisher üblichen Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Betracht. Grundsätzlich müßte zwar der Mittleinsatz in kurzfristiger Sicht dort erfolgen, wo es regional und sektoral am dringlichsten erscheint. Dennoch sollte den raumordnungs- und regionalpolitischen Zielen zugleich Rechnung getragen werden, was den Einsatz von Fördermitteln eher in größeren Orten, vor allem auch in gewerblichen Schwerpunkorten bedeutet. Schließlich sollten sektorale und betriebliche Gesichtspunkte beachtet werden.

Die folgenden Kriterien, die bei einer Beteiligung der Bundesanstalt für Arbeit an der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur Anwendung finden sollen¹⁰⁾, können auch im vorliegenden Zusammenhang zur Anwendung kommen. Je nach der gegebenen Arbeitsmarktsituation wären dabei mehr oder weniger strenge Maßstäbe bei der Auswahl der Förderprojekte anzulegen:

1. Keine Verstärkung von Monostrukturen: In sektoral einseitig strukturierten Schwerpunkorten bzw. Arbeitsmärkten sollte ein zu fördernder Betrieb nicht einem Wirtschaftszweig angehören, in dem bereits die Mehrzahl oder ein deutlich überwiegender Teil der Erwerbstätigen beschäftigt ist.

¹⁰⁾ Ernst, Angelika: Entwicklung von Kriterien für die Vergabe von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit zur regionalen Wirtschaftsförderung (Arbeits-titel). Veröffentlichung voraussichtlich in: MittAB 2/74. — Die Beurteilungskriterien können anhand folgender Fundstellen quantifiziert werden (in lfd. Reihenfolge, wie im Text): zu 1.: Anteile der Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen an der Beschäftigung insgesamt. Vergleich Bundesergebnisse mit Kreisergebnissen (Arbeitsstättenzählung 1970 und Industrieberichterstattung; Bundesergebnisse: Statistisches Bundesamt, (Hrsg.): Fachserie C, Einzelveröffentlichungen: Arbeitsstättenzählung 1970, und FS. D: Industrie und Handwerk, Reihe 1: Betriebe und Unternehmen der Industrie. Kreisergebnisse: Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter).

zu 2.: Beschäftigtenentwicklung nach Wirtschaftszweigen ab 1961 im Bundesgebiet (Arbeitsstättenzählungen 1961, 1970 und Industrieberichterstattung).

zu 3.: Anteile der ungelerten und angelernten Arbeiter an den Beschäftigten insgesamt nach Industriegruppen im Bundesgebiet (Industrieberichterstattung September 1970 f., Fachserie D, Reihe 4). zu 4.: Anteile der weiblichen Beschäftigten an den un- und angelernten Arbeitern nach Industriezweigen im Bundesgebiet (Industrieberichterstattung September 1970 f., Fachserie D, Reihe 4). zu 6.: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) und Institut für Raumordnung (Bearb.: G. Kroner, K. Schliebe u. a., nach Erhebungen der Bundesanstalt für Arbeit): Standortwahl und Entwicklung von Industriebetrieben sowie Stilllegungen in der Bundesrepublik Deutschland mit Berlin (West) von 1955 bis 1967, Bonn 1973; Dto.: Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland. Verlagerte, neu errichtete und stillgelegte Industriebetriebe in den Jahren 1968 und 1969; Bonn 1971. zu 8.: Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Arbeiter und durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten nach Wirtschaftszweigen, jeweils für Bundesländer und Leistungsgruppen (Statistisches Bundesamt: Fachserie M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, Reihe 15: Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel).

2. Keine Verstärkung von Strukturschwächen: Der Betrieb sollte nicht einem Wirtschaftszweig angehören, der in der Vergangenheit im Bundesgebiet eine stark rückläufige Beschäftigtenentwicklung aufweist.
3. Die Qualifikationsstruktur der Arbeitsplätze in dem zu fördernden Betrieb sollte nicht ungünstiger sein als im Bundesdurchschnitt des betreffenden Wirtschaftszweiges. Dies wäre dann der Fall, wenn der Anteil der Arbeitsplätze für un- und angelernte Arbeitskräfte des Betriebes deutlich über dem entsprechenden bundesdurchschnittlichen Anteil des Wirtschaftszweiges liegt.
4. Zur Frauenbeschäftigung: Wenn bei dem zu fördernden Betrieb Arbeitsplätze niedriger Qualifikation zu einem überdurchschnittlich hohen Prozentsatz mit weiblichen Arbeitskräften besetzt sind bzw. besetzt werden sollen, dann ist dies negativ zu werten (Maßstab: der bundesdurchschnittliche Anteil im entsprechenden Wirtschaftszweig).
5. Bevorzugung von Hauptbetrieben vor Zweigbetrieben.
6. Schaffung von Dauerarbeitsplätzen: Hohe Stilllegungsquoten bereits in der Vergangenheit sind negativ zu werten.
7. Die Produktionstechnik des Betriebes bzw. Betriebsteils sollte auf angemessenem technologischem Niveau liegen.
8. Das Lohnniveau des Betriebes sollte nicht unter dem branchenüblichen Lohnniveau im jeweiligen Bundesland liegen.

Insgesamt sollte, bei aller aktueller Dringlichkeit, möglichst keine Förderung betrieben werden, die bereits auf mittlere Frist zur Dauersubvention von Grenzbetrieben und schrumpfenden Branchen führt.

4. Literatur

Das IAB hat in den vergangenen Jahren einige Arbeitsergebnisse vorgelegt, die für die Analyse der Arbeitsmarktwirkungen der Energieversorgungskrise wie auch für die Beurteilung der zu ergreifenden Maßnahmen verwertet werden können. Es wird nicht überraschen, daß auch einige Beiträge aus den ersten Arbeitsjahren des Instituts (unmittelbar nach der Rezession von 1967) darunter sind.

1. Arbeitsmarktpolitik allgemein

- | | |
|-----------------|--|
| Dieter Mertens: | Längerfristige Arbeitsmarktprognose bei alternativer Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik (MittIAB 10, 1969) |
| Dieter Mertens: | Der Arbeitsmarkt als System von Angebot und Nachfrage (MittAB 3, 1973) |
| Dieter Mertens: | Rationale Arbeitsmarktpolitik, RKW-Schriftenreihe „Technischer Fortschritt und struktureller Wandel“, 1970 |

2. Entwicklung von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage (u. a. Stille Reserven, Flexible Altersgrenze, langfristiges Erwerbspersonenpotential)

- | | |
|------------------|---|
| Lutz Reyher: | Ziele und Möglichkeiten kurzfristiger Arbeitsmarktanalyse (MittIAB 4, 1968) |
| Werner Karr: | Tafeln zur Ermittlung der Beschäftigungsänderung bei alternativer wirtschaftlicher Entwicklung (MittIAB 6, 1969) |
| Wolfgang Klauer: | Altersgliederung der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland 1968 nach den Unterlagen der Arbeitsämter (MittIAB 8, 1969) |

Gerhard Kühlewind: Alternativrechnungen zur quantitativen Auswirkung von Änderungen der Ruhestandsgröße auf das Arbeitskräfteangebot (MittAB 3, 1970)

Gerhard Kühlewind, Manfred Thon: Projektion des deutschen Erwerbspersonenpotentials für die Jahre 1977, 1980, 1985 und 1990 – Trendfortschreibung und zusätzliche Schätzung der Auswirkungen der flexiblen Altersgrenze und des Bildungsgesamtplans (MittAB 3, 1973)

3. Ausländische Arbeitnehmer

Anke Peters: Die Bundesrepublik Deutschland als Beschäftigungsland für ausländische Arbeitnehmer: Ökonomische Attraktivität, rechtliche Situation und politische Mitwirkung (MittAB 4, 1972)

Heinz Werner: Freizügigkeit der Arbeitskräfte und die Wanderungsbewegungen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (in diesem Heft)

4. Teilzeitarbeit

Peter Hürner: Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Sonderheft 2: Teilzeitarbeit, Zeitarbeit, Leiharbeit (1972)

Autorengemeinschaft: Zur Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1973 – Abschnitt 3.2 – (MittAB 1, 1973)

5. Bildungsmaßnahmen versus Arbeitslosigkeit

Dieter Mertens: Erwachsenenbildung und Konjunkturpolitik. Zu neueren internationalen Überlegungen (Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung S 1/1971)

6. Arbeitslose

Hans Hofbauer, Lothar Schuster, Werner Dadzio: Die Arbeitsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1968 (MittAB 4, 1968)

Hans Hofbauer, Ursula Binting, Werner Dadzio: Materialien zur Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse einer Erhebung im Frühjahr 1968 (MittAB 5, 1968)

Werner Karr: Strukturanalyse der Arbeitslosen nach Berufsgruppen (MittAB 5, 1968)